

Antwort auf die Wahlprüfsteine der EVG

Thomas Lippmann, DIE LINKE - Direktkandidat im Wahlkreis 33 – Saalekreis
(Landesvorsitzender der GEW Sachsen-Anhalt)

- 1. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die vom Bund für das Land Sachsen-Anhalt bereitgestellten Regionalisierungsmittel vollumfänglich für die Bestellung von SPNV Leistungen verwendet werden und eine Zweckentfremdung der Regionalisierungsmittel, wie z.B. zur Finanzierung von Schülerverkehren, unterbleiben wird?**

Ja, gemeinsam mit der Fraktion DIE LINKE werde ich mich dafür einsetzen, die Zweckentfremdung zu beenden und den Schülerverkehr als originäre Landesaufgabe aus Landesmitteln zu finanzieren. Die Regionalisierungsmittel müssen in voller Höhe dem SPNV zu Gute kommen.

- 2. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass alle durch das Land Sachsen-Anhalt beauftragten Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU), die SPNV Leistungen in Sachsen-Anhalt erbringen, der Fahrvergünstigungsgemeinschaft Deutscher Eisenbahnen (FDE) beitreten, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Senioren der Bahnunternehmen in Sachsen-Anhalt entsprechende Fahrvergünstigungen erhalten?**

Ja, gemeinsam mit der Fraktion DIE LINKE werde ich mich dafür einsetzen.

- 3. Welche Position vertreten Sie bei der Fortschreibung des Regulierungsgesetzes? Werden Sie sich für eine faire Regulierung der Schieneninfrastruktur einsetzen, die keine Arbeitsplätze in Sachsen-Anhalt gefährdet oder reduziert?**

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt sich für eine faire Regulierung der Schieneninfrastruktur ein, welche die Bahn stärker als bisher am Allgemeinwohl ausrichtet. Es darf nicht darum gehen, Gewinne aus dem Netz zu ziehen, die zulasten der Infrastruktur, der Bahnen, der dortigen Angestellten und letztlich der Fahrgäste gehen. Insbesondere die Kalkulation der Trassenpreise muss transparenter werden, ihr Anstieg darf die Dynamisierung der Regionalisierungsmittel nicht übersteigen. Je höher die Trassenpreise steigen und je weniger Regionalisierungsmittel das Land vom Bund erhält, desto weniger Regionalverkehr kann bestellt werden. Eine daraus resultierende Gefährdung guter, tarifgebundener Arbeitsplätze wollen wir verhindern.

- 4. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die im Regionalisierungsgesetz festgeschriebenen Mittel pro Jahr langfristig gesichert und erhöht werden, damit auch die Qualität und notwendige Quantität des ÖPNV/SPNV in Sachsen-Anhalt gewährleistet werden kann?**

Ja, gemeinsam mit der Fraktion DIE LINKE werde ich mich dafür einsetzen, die Mittel für den Regionalverkehr auf ihrem jetzigen Niveau zu sichern und bedarfsgerecht zu dynamisieren. Die umweltgerechte und barrierefreie Mobilität für alle muss dabei im Zentrum stehen. Für den Regionalverkehr der Eisenbahnen und S-Bahnen müssen mehr Mittel eingesetzt werden, um das Angebot im Schienenpersonennahverkehr ohne Lohndumping ausweiten zu können.

- 5. Setzen Sie sich für eine verstärkte Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene ein? Welche Rolle spielen für Sie hierbei die Themen Infrastruktur, Wettbewerbsbedingungen und das Einzelwagensystem im Schienengüterverkehr? Welche konkreten Maßnahmen schlagen Sie für bestehende Industriegebiete im Land Sachsen-Anhalt vor bzw. welche Unterstützung geben Sie bei der Neuerschließung von Industriegebieten?**

Ja. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt ist für die verstärkte Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene. Das Land kann mit entsprechenden Vorgaben für Raumordnungsverfahren Einfluss nehmen. Die Bevorzugung der Straße bei Erschließungsmaßnahmen ist weder sachorientiert noch langfristig kostengerecht. Neben einem zu begrenzenden Verbrauch an land- und forstwirtschaftlichen Flächen ist die Nutzung vorhandener Altflächen durch ein gezieltes Management unter Verwendung eines zu erstellenden Katasters für Industriebrachen hilfreich, zumal es dort häufig bisher noch stillgelegte Altanbindungen an das Schienennetz gibt. DIE LINKE will das Gleisanschlussförderprogramm über den August 2016 hinaus verlängern und die Förderkriterien so anpassen, dass die Nachfrage deutlich steigt. Auf Einzelwagenverkehr zu verzichten und diesen anderen Unternehmen zu überlassen, halten wir für falsch.

- 6. Treten Sie für die Verstetigung der Bundesmittel zur Finanzierung der Schieneninfrastruktur im Land Sachsen-Anhalt ein?**

Ja. die Schieneninfrastruktur ist unverzichtbarer Bestandteil für die Gewährleistung der Daseinsvorsorge und für die wirtschaftliche Entwicklung im Flächenland Sachsen-Anhalt. Langfristige Planungssicherheit ist nicht nur wegen langfristig wirkender Standortentscheidungen, sondern auch für den erforderlichen Zeitvorlauf bei der Instandhaltung unumgänglich. DIE LINKE will die Gelder für Investitionen in den Neu- und Ausbau von Schienenwegen nicht nur verstetigen, sondern sie deutlich erhöhen. Nur wenn das Gleisnetz ausgebaut wird, kann die Schiene mehr Verkehr aufnehmen. Mehr Verkehr auf der Schiene ist das verkehrspolitische Ziel der Partei DIE LINKE.

- 7. Treten Sie für eine Ausweitung der Lkw-Maut, vor allem auf Fernbusse oder auch Kleinlasten, ein? Sind Sie bereit, mit dieser Forderung die Wettbewerbsnachteile der Bahnen zu vermindern?**

Ja. Jedes schienengebundene Fahrzeug muss ein Entgelt für die Nutzung der Infrastruktur bezahlen. Es wird höchste Zeit, dass der straßengebundenen Personen- und Güterverkehr hier nachzieht, damit die eklatanten Wettbewerbsungleichheiten reduziert werden. Die zusätzlichen Einnahmen sollten den Ländern zur Aufstockung der Regionalisierungsmittel zur Verfügung gestellt werden.

- 8. Werden Sie dafür eintreten, dass die Vergabe von öffentlichen Aufträgen durch das Land Sachsen-Anhalt an die Zahlung von Tariflöhnen gebunden wird?**

- 9. Im Zusammenhang mit der Frage 8: Das Land Sachsen-Anhalt braucht ein wirksames Tariftreuegesetz, das letztendlich Lohn- und Sozialdumping verhindert. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass das Wort „können“ im § 11 des heutigen Vergabegesetzes zur Anwendung der EU Verordnung in das Wort „müssen“ geändert wird?**

Ja, als langjähriger Vorsitzender einer DGB-Gewerkschaft wird es mir ein besonderes Anliegen sein, gemeinsam mit der Fraktion DIE LINKE für eine entsprechende Überarbeitung des Vergabegesetzes und dessen konsequente Einhaltung einzutreten.

10. Welche weiteren Schritte können oder werden Sie einleiten, um Arbeitsplätze bei den Bahnen und der Bahnindustrie zu schützen und zu erhalten?

Das Parlament muss grundlegend mehr Einfluss bei Entscheidungen über den Nahverkehr haben. Nur so kann den Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder mehr Gewicht gegenüber den bisher leitenden finanziellen und planerischen Gesichtspunkten der Verwaltung bei Vergabe- und Bestellentscheidungen verschafft werden. Die Schaffung eines Beirates bei der NASA mit Vertretern aller im Landtag vertretenen Parteien im Januar 2016 war ein erster wichtiger Schritt auf diesem Weg.

11. Welche Position haben Sie zur flächendeckenden Zulassung von sogenannten „Gigalinern bzw. Monstertrucks“?

Gigalinern lehne ich aus umwelt- und verkehrspolitischen Gründen grundsätzlich ab. Gigalinern steigern nicht nur die Belastung und den Verschleiß der vorhandenen Straßen und erhöhen die Stau- und Unfallgefahr. Sie werden auch Forderungen nach weiteren unsinnigen Infrastrukturinvestitionen nach sich ziehen, um immer mehr Strecken für diese Lang-Lkw durchlässig und befahrbar zu machen.

12. Teilen Sie die Ansicht der Gewerkschaften, dass es bei Frauen immer noch eine Lohndiskriminierung gibt? Wenn ja – was wollen Sie in Sachsen-Anhalt dagegen unternehmen?

Die Ansicht teile ich uneingeschränkt. Um weitere Schritte dagegen unternehmen zu können, muss immer wieder nach den Ursachen geschaut und diese entschieden beseitigt zu werden. Insbesondere muss es – nicht zuletzt auch im Hinblick auf die inzwischen erfolgte Rechtsprechung auf der Ebene der Europäischen Union – gelingen, Berufsfelder, in denen üblicherweise bzw. überwiegend Frauen eingesetzt werden – aufzuwerten und an die Bezahlung der von Männern dominierten Berufsfelder heranzuführen. Außerdem müssen Teilzeitbeschäftigungen, die u.a. auch der Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder der Realisierung von Pflegeaufgaben dienen, gefördert und durch finanzielle Ausgleichsregelungen (Teillohnausgleich) unterstützt werden. Die verbreitete Nötigung von Frauen in verschiedenen Branchen, nur Teilzeit zu arbeiten, muss offensiv angegangen werden. Fragen der Geschlechtergerechtigkeit müssen auch im Vergabegesetz für öffentliche Leistungen konsequent beachtet werden.

13. Wie wollen Sie der Problematik des drohenden Fachkräftemangels im Land Sachsen-Anhalt begegnen?

Momentan erleben wir vor allem einen punktuellen und keinen strukturellen Fachkräftemangel. Wir haben einen Fachkräftemangel im technischen Bereich, bei der Unternehmensnachfolge aber vor allem in Bereichen mit unattraktiven Lohnerwartungen und Arbeitsbedingungen. Die Niedriglohnstrategie der Landesregierung der zurückliegenden Jahre hat dem Image des Landes vor allem bei jungen Fachkräften geschadet, die daraufhin zu häufig das Land verlassen haben.

Wir müssen zuallererst allen jungen Menschen in unserem Land wieder eine Perspektive zum Hierbleiben und darüber hinaus den vielen abgewanderten Menschen aus unserem Bundesland einen erkennbaren und wirksamen Anreiz zum Zurückkommen geben. Zur Standortentwicklung gehört u.a. allen Bürgerinnen und Bürgern ein gutes Wohn- und Arbeitsumfeld zu bieten, indem Kultur- und Freizeit-, Betreuungs- und Bildungsmöglichkeiten erhalten, weiter ausbauen und attraktiv gestaltet werden. Mit der Förderung von praxis-, problem- und kompetenzorientiertem Lernen an den allgemeinbildenden Schulen soll die Vorbereitung der Jugendlichen auf eine berufliche Qualifikation verbessert werden. Attraktive Löhne und Arbeitsbedingungen sind selbstverständlich die entscheidende Voraussetzung für eine Strategie zur Bekämpfung des Fachkräftemangels. Sachsen-Anhalt hat keine Perspektive als Billiglohnland.

14. Welche Maßnahmen planen Sie, um der demografischen Entwicklung in Sachsen-Anhalt entgegenzuwirken?

Soweit die demografische Entwicklung durch länger wirkende Faktoren beeinflusst wurde (dauerhafte Absenkung des Geburtenniveaus in den neunziger Jahren um fast 60%) sind kurzfristige Korrekturen nicht zu erreichen. Gleichwohl können demographische Entwicklungen durch politisches Handeln in bestimmten Grenzen gesteuert werden. Neben Anreizen für mehr Geburten in der eigenen Bevölkerung durch eine durchgängig familienfreundliche Politik sind vor allem die Umkehr des stark negativen Wanderungssaldos und die Migration entscheidende politische Handlungsfelder, um die demographische Entwicklungen auch in kürzeren Zeiträumen wieder günstiger zu gestalten.

Der Zuzug von Menschen aus Krisengebieten ist eine der größten und nachhaltigsten Entwicklungen, um die demografische Entwicklung der letzten 20 Jahre schrittweise zu korrigieren. Die Landespolitik muss die entscheidenden Weichen stellen, um diese Menschen in der Mitte unserer Gesellschaft zu integrieren, statt sie an ihren Rand zu drängen – sei es bei der Wohnsituation, der Qualifikation oder dem Lohngefüge. Eine erfolgreiche Integration kostet kurzfristig viel Kraft und Geld. Langfristig jedoch kann sie die Sozialsysteme entlasten und insbesondere in Flächenländern wie Sachsen-Anhalt zur Sicherung der Strukturen der Daseinsvorsorge beitragen.

15. Wie stehen Sie zu der Forderung älterer Bürger, diese stärker in den politischen Alltag mit einzubeziehen und in Sachsen-Anhalt ein Seniorenbeteiligungsgesetz voranzutreiben?

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt begrüßt diese Forderung. In einer älter werdenden Gesellschaft erheben Seniorinnen und Senioren zu Recht Anspruch auf stärkere Teilhabe. Sie wollen auch in dieser Lebensphase nach ihrer Lebenserfahrung und Kompetenz gefragt werden. Ihr Rat und ihr Engagement sind ein Gewinn, den wir für das Gemeinwesen stärker nutzbar machen wollen. Wir wollen die Mitwirkungsrechte von Seniorinnen und Senioren konkreter ausgestalten. Dazu wollen wir ein Seniorinnenmitwirkungsgesetz auf den Weg bringen, das die Rechte und Mitwirkungsmöglichkeiten von Seniorinnen und Senioren auf der Landesebene regelt.

16. Die EVG positioniert sich klar gegen Fremdenfeindlichkeit und tritt für eine friedliche demokratische Gesellschaft ein. Welche Maßnahmen halten Sie für angemessen, um der zunehmenden Fremdenfeindlichkeit in unserem Land entgegen zu wirken?

Ein gute Sozialpolitik und die allgemeine Stärkung der öffentlichen Haushalte und der öffentlichen Infrastruktur durch den nachdrücklichen Einsatz für eine Umkehr der bisherigen Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben sind die zentralen Antworten auf Fremdenfeindlichkeit. Ein Großteil der Fremdenfeindlichkeit speist sich aus existenzieller Unsicherheit, Abstiegsangst und Unkenntnis. Eine gute Sozialpolitik zielt daher auf die existenzielle Absicherung eines jeden Bürgers und einer jeden Bürgerin, auf die Möglichkeit zur Teilhabe an unserer Gesellschaft, unabhängig vom Geldbeutel. Gute Sozialpolitik schafft einen Ausgleich innerhalb der Gesellschaft, welcher den sozialen Frieden erhält und ihre inneren Bindekräfte stärkt. Die Kommunen, die Schulen und die öffentlichen Verwaltungen müssen in die Lage versetzt werden, die Anforderungen einer dauerhaften Migration verlässlich und ohne Überlastung zu erfüllen und die von ihnen erwarteten Integrationsleistungen erbringen zu können.